

EDITORIAL



❖ Als gegen Ende des Jahres 1955 die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ in Bonn gegründet wurde, die Urzelle der Konrad-Adenauer-Stiftung, war den Initiatoren in der CDU, allen voran dem damaligen Bundesgeschäftsführer der Partei und späteren Vorsitzenden der Stiftung, Bruno Heck, schnell klar geworden, dass die Aufgabe dieser neuen Institution weit über den ursprünglich geplanten Charakter einer Parteischulungsstätte hinausgehen musste. So tauchten bereits 1956 Seminarthemen wie „Die Sozialpolitik aus der Sicht des Arbeitnehmers“ oder „Die Situation im Ostblock und ihre Konsequenzen für die deutsche Frage“ auf. Das waren zwar auch wichtige Themen für die Verantwortungsträger in der CDU, aber sie richteten sich ersichtlich an ein sehr viel weiter gezogenes Publikum.

Orientierung geben auf christlich-demokratischer Grundlage – dieser bereits in den Anfängen angelegte Auftrag zieht sich seither als kontinuierliche Linie durch die fünfzigjährige Geschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die politischen Weichenstellungen im ersten Jahrzehnt der neuen Bundesrepublik, die gesellschaftlichen Umbrüche in den sechziger Jahren, die innen- und außenpolitischen Veränderungen in den siebziger und achtziger Jahren, der Zusammenbruch des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung sowie, verstärkt seit Mitte der neunziger Jahre, der wachsende Reformdruck

und die Folgen der Globalisierung haben die Konrad-Adenauer-Stiftung immer wieder aufs Neue dazu veranlasst, diese Orientierung zu geben, aber auch Seismograf für Kommendes zu

sein. Dabei ist die Rolle der Stiftung nicht die des unbeteiligten Betrachters, sondern sie versteht sich auch als bewegende Kraft, die dem christlich-demokratischen Gedanken national wie international Perspektiven in die Zukunft eröffnen will.

Es hätte nicht des Wahlergebnisses vom 18. September 2005 bedurft, um deutlich zu machen, dass sich an dieser Herausforderung nichts geändert hat. Aber seither ist die Frage noch brennender geworden, ob die gestalterische Kraft christlich-demokratischer Politik und die demokratische Stabilität unseres Landes ausreichen, um die notwendige Neuausrichtung der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten. Jeder, der ein Haus umgebaut hat, weiß, dass es leichter ist, ganz neu zu bauen. Und es geht ja letztlich um mehr als um die Reform überholungsbedürftiger Systeme. Deutschland leidet nicht nur unter einem Reformstau, sondern steckt in einer geistigen Krise. Zum Aufbruch brauchen wir nicht nur Reformen des Steuersystems, des Gesundheitswesens, des Sozialsystems, wir brauchen die geistigen Kräfte zur Erneuerung. Das gilt umso mehr, als schon die globalen Veränderungen uns kein Paradiesgärtlein belassen werden, an dem die Stürme eines ungebremsten Fortschritts vorüberziehen.

Neu aufsteigende Mächte (China, Indien) mit außerordentlich agilen und mobilen Bevölkerungen werden die Gewichte in der internationalen Politik und die Weltmärkte massiv beeinflussen und verändern. Die Forderungen anderer aufstrebender Länder nach fairen Chancen können von den Wohlstandsinseln der westlichen Welt nicht dauerhaft ignoriert werden. Es ist bereits so viel in Bewegung geraten, auch für uns Deutsche, dass die Kräfte der Beharrung und die Liebhaber struktureller Unbeweglichkeit nur um den Preis eines rapiden Abstieges unseres Landes die erforderlichen Umbaumaßnahmen verweigern können.

In diesem, gerade auch für die auf Sicherheit bedachten Menschen, schwierigen Umgewöhnungsprozess kommt es entscheidend darauf an, bei allen politischen Gestaltungsaufgaben den manchmal schmalen Pfad von Maß und Mitte nicht zu verlassen, mit der Radikalkur nicht gleich auch den Patienten selbst umzubringen. Das sollte den politisch Handelnden stets bewusst sein. Es beschreibt aber auch die Leitplanken für die Arbeit einer Institution wie der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu deren Aufgaben es laut Satzung nicht zuletzt gehört, „durch Forschung und Beratung Grundlagen politischen Wirkens“ zu erarbeiten. Das ist mehr als nur Beratung in tagespolitischen Fragen. Erforderlich ist vor allem, die Wirkungszusammenhänge moderner Demokratien im Medienzeitalter zu erforschen und damit Politik vorzubereiten und möglich zu machen. Dazu gehört dann auch, durch politische Bildung und Aufklärung zum Beispiel Reformen vorzubereiten und von einer reaktiven Politik zu einer vorausschauenden, Krisen vermeidenden Politik zu kommen.

Viele der Fragen, vor denen wir im weltweiten Maßstab stehen, werden von kultureller Bedeutung sein. Ist unsere traditionelle Außenpolitik hierauf schon eingestellt? Die Zukunft der Bundesrepublik

Deutschland wird in bisher noch nicht in ihrer Bedeutung voll erkannter Weise von ihren „brains“ abhängen, das heißt, Bildung und Ausbildung werden die Voraussetzung sein für den Wohlstand, die Arbeitsplätze und den Stellenwert Deutschlands in der Wettbewerbswelt des 21. Jahrhunderts. Nicht mehr Armeen entscheiden in Zukunft über die Bedeutung eines Landes, sondern die Qualität seiner Forscher und Erfinder und die Aufgeschlossenheit und Lernfähigkeit seiner Bevölkerung. Niemand kann behaupten, dass die deutsche Politik darauf schon hinreichend reagiert hätte. Auch die gesellschaftspolitischen Implikationen einer Wissensgesellschaft haben noch kaum Eingang in das politische Denken gefunden.

Wir stehen vor der Erkenntnis, dass die Generationengerechtigkeit und die Familienpolitik die „neue soziale Frage“ des 21. Jahrhunderts sein werden. Ob sie gelöst werden kann, wird auch über den sozialen Frieden entscheiden. Und sie wird nur gelöst werden können, wenn die Renaissance einer „Kultur der Freiheit“ (Udo di Fabio) gelingt, einer Revitalisierung von Werten und Tugenden im Alltag und im Miteinander der Menschen. Das meint kein Zurück zu den Werten der fünfziger Jahre, aber eine Wiederentdeckung der Wurzeln aller Humanität und der kulturellen Kraftquellen der Gesellschaft. Es geht nicht um Libertinage, sondern um Verantwortung für sich selbst, für andere, für die Gemeinschaft.

In diesem Sinne muss das Verhältnis von Bürger und Staat neu vermessen werden. Bürger und Gesellschaft sollen nicht Objekt staatlicher Wohlfahrt sein, sondern Subjekt und Bezugspunkt der Politik. In diesem Sinne ist Sozialpolitik Gesellschaftspolitik, bei der der einzelne Bürger und nicht die stärkste Lobby im Zentrum steht. Dorthin gehört vor allem die Familie, denn sie ist der Ort, wo gesellschaftliche Zukunft erst entsteht. Dabei

geht es nicht in erster Linie um die Organisation von materiellen Transferleistungen, es geht vor allem um eine Veränderung im Denken, in den Zielen, in den Leitbildern, es geht um Rahmenbedingungen, die es Familien ermöglichen, wirklich Familie zu sein. Familie bildet das Zentrum einer humanen Gesellschaft, die von dort aus gedacht und geordnet werden muss. Die Balance zwischen Modernität und Veränderung, die Bewahrung des Guten und Bewährten sind Voraussetzungen dafür, den Umbau zu meistern, ohne die psychischen Kräfte der Menschen zu überfordern. Es gibt keine politische Idee, die das besser könnte, als die der christlichen Demokratie. Aber es bleibt Aufgabe der politisch Handelnden, das Vertrauen in die Lösungskraft dieser Idee immer wieder neu herzustellen und zu stärken. Vertrauen ist keine abstrakte Größe, Vertrauen hat mit Zutrauen zu tun. Und das wiederum macht sich an Personen, an persönlicher Glaubwürdigkeit ebenso fest wie an konzeptioneller Klarheit. Die Bürger müssen sich in der Politik und in den von ihnen gewählten politischen Repräsentanten „wiederfinden“ können. Politik muss überzeugen, was mehr verlangt, als tagespolitisch erfolgreich zu sein. Es geht darum, Übereinstimmungen im Grundsätzlichen, in den großen Zielen und Leitbildern herzustellen und damit Identifikation und Bindung zu ermöglichen. Die umfassende Diskussion mit den Bürgern des Landes, mit den Kirchen und allen anderen die politische Kultur des Landes prägenden und tragenden Institutionen über die innere Ausrichtung und die Zukunft Deutschlands ist deshalb kein Luxus, für den im hektischen Alltagsgeschäft der Politik keine Zeit bleibt. Sie ist vielmehr Voraussetzung dafür, die Menschen auch mitnehmen zu können, wenn es auf den unbequemen Weg der Reform geht.

Vertrauen ist ein kostbares Gut in der Politik.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung kann dazu ihren Beitrag leisten, so wie sie ihn auch in den vergangenen fünf Jahrzehnten immer wieder geleistet hat. Damit Werte Zukunft haben – das ist eines der Leitmotive unserer Arbeit. Wir sind davon überzeugt, dass die Grundwerte der christlichen Demokratie – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – zusammen mit dem Subsidiaritätsprinzip die Kraftquelle bilden für politische Gestaltung und Verantwortung. Auf dieser Grundlage wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein politisches, wirtschaftliches und soziales Erfolgsmodell aufgebaut, das weltweit Anerkennung fand. Wir sind sicher, dass dies auch die grundlegenden Werte sind, die zukunftsfähige, moderne und dem Menschen gemäße Lösungen für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts möglich machen.

Bei den vielen Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung, die in diesem Heft fundiert und prominent beschrieben und gewürdigt werden, steht immer wieder im Vordergrund, Orientierung zu geben. Wir wollen die Zukunft gestalten helfen, Demokratie und Menschenrechte stärken, in junge, begabte Menschen investieren – und bei alledem unsere Geschichte und die Geschichte der christlichen Demokratie nicht vergessen. Aus den Erfolgen der Vergangenheit, den Aufgaben der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft ziehen wir die Gewissheit, dass eine Institution wie die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur ihre Berechtigung hat, sondern dass sie unverzichtbar bleibt. ❖

Hilke von Adenauer